Antritt von Rechts

Zu den Wahlen in Berlin am 18. September 2011: Personal, Programme und Wahlkampfaktivitäten von NPD, Pro Deutschland und Die Freiheit

Bei den anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) am 18. September 2011 treten mit der NPD, Pro Deutschland und Die Freiheit drei sehr unterschiedliche Rechtsaußen-Parteien an. Keiner von ihnen wird der Einzug ins Abgeordnetenhaus gelingen. Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Berliner Zeitung kommen auf Landesebene alle drei Parteien zusammen auf vier Prozent. Bei den Wahlen zu den BVVen sieht es hingegen anders aus. Hier gilt eine Drei-Prozent-Klausel - eine Hürde, die in einigen Bezirken durchaus überwindbar sein könnte. Diese Handreichung soll einen kurzen exemplarischen Einblick und eine Einschätzung zu Personal, Programmen und Wahlkampfaktivitäten der drei Rechtsaußen-Parteien geben.

NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)

von Frank Metzger (apabiz)

Nach Jahren parteiinterner Unruhe ist es um den Berliner Landesverband der NPD nicht sonderlich gut bestellt. Machtkämpfe und persönliche Zerwürfnisse hatten zu Parteiaustritten und in nur eineinhalb Jahren zweimal zu einem Wechsel des Vorsitzenden geführt.[1] Die letzten Landeschefs, Eckart Bräuniger und Jörg Hähnel, sind auf landespolitischer Ebene nicht mehr wahrnehmbar aktiv und kandidieren nicht bei den anstehenden Wahlen. Dass seit Februar 2010 mit dem aus Bayern kommenden Uwe Meenen ein auswärtiger Kader den Landesvorsitz übernommen hat, ist ein weiteres Zeugnis für den desolaten Zustand und die dünne Personaldecke der Berliner NPD. Auch die noch immer nicht rechtskräftige Fusion mit der Deutschen Volksunion (DVU) hat daran nichts geändert. Die Berliner DVU hatte als einer von vier Landesverbänden gegen die Fusion geklagt. Nur vereinzelt wechselten DVU-Mitglieder zur NPD.[2] Der ehemalige DVU-Landesvorsitzende, Torsten Meyer, hingegen kandidiert für Pro Deutschland.

Alte Kader und »junge Kämpfer«

Trotz ihrer desolaten Personallage tritt die Berliner NPD mit einer Landesliste und in 17 Wahlkreisen mit Direktkandidat_innen sowie in elf von zwölf Bezirken zu den BVV-Wahlen an. Anhand der Kandidat_innen zeigt sich der gewohnte politische Spagat, sowohl ein bürgerliches als auch ein dezidiert neonazistisches Spektrum ansprechen zu wollen. Gerade in den Bezirken, in denen die NPD bereits in den BVVen vertreten ist (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick, Neukölln), verspricht sie sich erneute Erfolge. Hier setzt sie weitgehend auf bisherige Verordnete und bekannte Kader. Außerdem zielt die NPD stark auf die Stimmen von jungen Wähler_innen. Zahlreiche Neonazis mit Anbindung an die Kameradschaftsszene sind auf den vorderen Listenplätzen zu finden. Im Wahlkampf ist die NPD maßgeblich auf Unterstützung aus dem Kameradschaftsspektrum angewiesen. Großflächige Plakatierungen, wie die am Wochenende des 6./7. August, wären sonst nicht realisierbar. Trotz der personellen Überschneidungen und punktuellen Zusammenarbeit ist jedoch keine kontinuierliche und verlässliche Kooperation erkennbar.

Strategische Provokationen

Der Wahlkampf der NPD läuft schleppend. Neben Plakatierungen wurden bislang nur vereinzelt Infotische durchgeführt. Auch Verteilaktionen von Wahlkampfmaterialien an Haushalte sind bisher kaum bekannt. Die Partei setzt vielmehr auf wenige aber kontinuierliche, medienwirksame Provokationen.[3] Doch auch hier fehlt ihr bisweilen der Rückhalt der eigenen Klientel.[4] Inhaltlich beschränkt sich die NPD auf ihre bewährten Themen. Das Anfang Juli 2011 veröffentlichte Wahlprogramm sowie die Wahlkampfzeitung beinhalten populistische, sozialpolitische Forderungen und Angriffe gegen die etablierten Parteien (v.a. gegen den Berliner Senat) kombiniert mit völkisch-nationalistischen Thesen, rassistischer Hetze und offener Bezugnahme auf den Nationalsozialismus[5]. Damit dürften sich kaum andere Leute angesprochen fühlen als diejenigen, die bereits zuvor NPD gewählt und ein entsprechend extrem rechtes Weltbild verinnerlicht haben. Auffallend ist, dass die NPD die Konkurrenz durch Pro Deutschland und Die Freiheit zu fürchten scheint. Sie führt verstärkt einen antimuslimische Rassismus ins Feld und fordert im Wahlprogramm den »Abriß aller Minarette«[6] sowie die »Abschaffung aller multikulturellen Verwahranstalten«[7].

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr.10
10999 berlin

fon | fax: 030.6116249

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

konto-nummer: 3320800
blz: 10020500
bank für sozialwirtschaft

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c. schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder | fotos: matthias zickrow | illustrationen: dorothea osterwald

1 Im Juni 2008 löste Jörg Hähnel den NPD-Landesvorsitzenden Eckart Bräuniger ab, blieb aber nur bis Februar 2010 im Amt. Im Februar 2009 verkündete die Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, nach internen Streits ihren Rück- und Austritt. Ihr Wegbegleiter Hans-Joachim Henry und große Teile seines Kreisverbandes Tempelhof-Schöneberg taten es ihr gleich.

2 Laut Angaben im aktuellen Berliner Verfassungsschutzbericht 2010 sind sowohl bei der DVU als auch bei der NPD die Mitgliedszahlen rückläufig. Demnach hat die Berliner NPD derzeit 250 Mitglieder, in 2009 waren es noch 300. Bei der DVU sind es momentan 150 im Vergleich zu 250 in 2009.

3 Seit April 2011 fand monatlich je eine öffentlichkeitswirksame NPD-Aktion statt. Beispiele: Am 14. Mai gab es in Kreuzberg einen von Sebastian Schmidtke angemeldeten, letztlich aber von Gegendemonstrant_innen verhinderten Demonstrationsversuch unter dem Motto »Wahrheit macht frei«. In dessen



Uwe Meenen

(*1965, Verlagskaufmann)

Wahlantritt: Landeslistenplatz 4; Spitzenkandidat für die BVV Pankow

Kurzprofil: In seiner Jugend war Uwe Meenen zunächst bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), zwischenzeitlich bei den Republikanern (REP) und seit 2001 in der bayerischen NPD aktiv. Er leitete zeitweise zusammen mit Reinhold Oberlercher das seit 1994 bestehende Deutsche Kolleg[8], dem sich ab 2000 auch Horst Mahler für einige Jahre federführend angeschlossen hatte. Im April 2009 wurde Meenen für das Amt Politik ins Parteipräsidium der Bundes-NPD gewählt. Seit Februar 2010 ist er Vorsitzender der Berliner NPD und seit Kurzem Geschäftsführer der parteieigenen Deutsche Stimme Verlags GmbH.

In eigenen Worten: »Ich darf Sie heute alle hier, als Landesvorsitzender der NPD, in der Reichshauptstadt ganz herzlich begrüßen«

(15. Januar 2011 - Fusionsfeier von NPD und DVU und gleichzeitiger NPD-Wahlkampfauftakt in der Aula der Max-Taut-Schule Berlin-Lichtenberg)



Sebastian Schmidtke

(*1985; Kaufmann)

Wahlantritt: Landeslistenplatz 5; Listenplatz 3 für die BVV Treptow-Köpenick

Kurzprofil: Sebastian Schmidtke ist einer der umtriebigsten Neonazis Berlins. Seit seiner Jugend ist er an exponierter Stelle in der Szene aktiv und ist heute die zentrale Schnittstelle zwischen NPD/JN und Kameradschaftsszene. Er ist Vorsitzender der JN Berlin und seit Februar 2010 stellvertretender NPD-Landeschef. Schmidtke tritt als Anmelder zahlreicher Demonstrationen in Erscheinung, zu denen meist ein beträchtlicher Teil des Kameradschaftsspektrums mobilisiert werden kann. Zudem gilt Schmidtke als der Verantwortliche hinter www.nw-berlin.net. Auf dieser für die Berliner Neonaziszene zentralen Website werden u.a. Anti-Antifa-Artikel publiziert und die Adressen linker Personen, Projekte und Einrichtungen aufgelistet. In den letzten zwei Jahren wurden diverse der dort genannten Lokalitäten zum Teil mehrfach von Neonazis attackiert. Auch die in der Nacht zum 27. Juni 2011 verübten Brandanschläge auf linke Einrichtungen stehen in diesem Zusammenhang. Zudem betreibt Schmidtke seit kurzem in Berlin-Schöneweide den Neonazi-Laden Hexogen in direkter Nachbarschaft zur Neonazi-Kneipe Zum Henker.

In eigenen Worten: »Ich möchte im Abgeordnetenhaus die Interessen der blutsdeutschen Jugend, der deutschen Jugend vertreten.«

(15. Januar 2011 - Fusionsfeier von NPD und DVU und gleichzeitiger NPD-Wahlkampfauftakt in der Aula der Max-Taut-Schule Berlin-Lichtenberg)



Manuela Tönhardt

(*1952; Kulturwissenschaftlerin)

Wahlantritt: Landeslistenplatz 3; Spitzenkandidatin für die BVV Lichtenberg

Kurzprofil: Manuela Tönhardt ist eine der wenigen aktiven Frauen in der Berliner NPD. Sie ist Kreisvorsitzende der NPD Lichtenberg, sitzt seit 2006 in der dortigen BVV und stand der NPD-Fraktion vor, bis diese mit dem Rückzug Torsten Meyers (DVU) am 16. Dezember 2010 zerbrach. Tönhardt übernimmt viele organisatorische Aufgaben und betreibt rege Öffentlichkeitsarbeit für die Partei. So tritt sie als Rednerin in Erscheinung und schreibt kontinuierlich Beiträge für die Website ihres Kreisverbandes. Begleitet wird Tönhardt meist von Cornelia Berger, die bei NPD-Veranstaltungen nicht nur die eigenen Aktivitäten dokumentiert, sondern in Anti-Antifa-Manier Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen fotografiert. Berger tritt in Lichtenberg hinter Tönhardt auf BVV-Listenplatz 2 an.

In eigenen Worten: »Immer, wenn man von einem Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik hört, stellt man sich sofort die Frage: Waren Ausländer daran beteiligt?«

(18. Februar 2011 – NPD-Kundgebung unter dem Motto »Kriminelle Ausländer raus!« in Berlin-Lichtenberg)



Hans-Ulrich Pieper

(*1948; Geschäftsführer)

Wahlantritt: Landeslistenplatz 2; Spitzenkandidat für die BVV Spandau

Kurzprofil: Der parteilose Hans-Ulrich Pieper hat eine facettenreiche Karriere in Wirtschaft und Politik vorzuweisen. So war er u.a. Ende der 1960er Jahre Mitglied des NPD-nahen Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), Anfang der 1980er Jahre Pressesprecher bei Rheinmetall und 1989 Pressesprecher der Republikaner (REP) in München, für die er 1990 auch kandidierte. 1995 trat er der Berliner FDP bei. Laut Kandidaten-Profil der NPD war er zudem zu Bonner Zeiten Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Als Organisator des Berliner »Dienstagsgesprächs« ist er seit 1993 ein Bindeglied zwischen Rechtskonservativen, rechtsliberalen Wirtschaftskreisen und extrem rechten Akteur_innen.

In eigenen Worten: »Das [die Zusage zur Kandidatur] hatte zwei Gründe: […] Die Zukunft unseres Vaterlandes Deutschland und […] der unglaublich verrottete Zustand der alten Reichshauptstadt, unseres heutigen Berlins.«

(15. Januar 2011 - Fusionsfeier von NPD und DVU und gleichzeitiger NPD-Wahlkampfauftakt in der Aula der Max-Taut-Schule Berlin-Lichtenberg)

---

chaotischem Verlauf griffen die z.T. überregional angereisten Neonazis Gegendemonstrant_innen und Passant_innen mit Migrationshintergrund an. Zum Jahrestag des Arbeiteraufstands vom 17. Juni führte die NPD mit 50 Personen eine Kundgebung in unmittelbarer Nähe der Parteizentrale der Partei Die LINKE durch. In beiden Fällen hatte die Berliner Polizei bis zuletzt den Kundgebungsort geheim gehalten und damit den Interessen der Neonazis in die Hände gespielt.

4 Am 18. April fanden sich zu einer NPD-Kundgebung in Neukölln unter dem Motto »1. Mai – Fremdarbeiter stoppen – Arbeit und gerechte Löhne zuerst für das eigene Volk!« gerade einmal 20 Anhänger_innen ein. Ebenso wenige folgten am 25. Juni 2011 der Einladung der NPD-Fraktion in Treptow-Köpenick zum Wahlkampf-Auftakt im dortigen Rathaus.

5 In einem Kreuzworträtsel in der Wahlkampfzeitung wird u.a. nach Rudolf Heß und der Abkürzung für Nationalsozialismus gefragt, das Lösungswort lautet »Adolf«. Auf Wahlplakaten mit dem Konterfei Udo Voigts provoziert die NPD mit dem Slogan »Gas geben«.

6 Vgl. NPD-Wahlprogramm: Wir sagen, was sie denken! Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin, S. 16

7 Vgl. ebenda, S.26

8 Das Deutsche Kolleg propagiert eine am Nationalsozialismus orientierte »Reichsidee« und zeichnet sich vor allem durch radikalen Antisemitismus und Rassismus aus.



Pro Deutschland

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

Am 20. Januar 2005 gründeten Mitglieder der Bürgerbewegung Pro Köln gemeinsam mit »ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen« die Bürgerbewegung Pro Deutschland, um »demokratischen Patrioten überall in Deutschland« die Möglichkeit zu geben aktiv zu werden. Nach eigenen Angaben verfügt der rechtspopulistische Dachverband nach sechs Jahren Tätigkeit über rund 13.500 Unterstützer_innen im gesamten Bundesgebiet. In Berlin ist Pro Deutschland das erste Mal im Jahr 2008 politisch aktiv geworden. Der Landesverband wurde jedoch erst im Juni des vergangenen Jahres gegründet und verfügt mittlerweile laut Eigenauskunft über mehr als 400 Mitglieder und mehrere Tausend Unterstützer_innen. Der Berliner Landesverband der Republikaner (REP) verzichtete zugunsten der neuen antimuslimischen Kraft auf einen Wahlantritt, und der ehemalige Landesvorsitzende der extrem rechten Deutschen Volksunion (DVU) hat sich mittlerweile Pro Deutschland angeschlossen.

Flächendeckender Wahlantritt

Mehr als 10.000 Unterstützungsunterschriften für ihren Wahlantritt hat die »Bürgerbewegung« bis Ende Juni dieses Jahres gesammelt. Sie tritt somit mit einer eigenen Landesliste und in 77 von 78 Wahlkreisen mit Direktkandidat_innen sowie in allen 12 Bezirken für die BVV-Wahlen an. Nahezu täglich führte die Partei in vielen Berliner Bezirken an unterschiedlichen Orten Informationsstände durch, um Flugblätter zu verteilen und Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Die berlinweit verbreiteten Wahlplakate und -werbezettel wirken bedrohlich und sollen die Forderungen der Partei nach »mehr Sicherheit« untermalen: Auf der Vorderseite streckt ein vermummter Mann mit Lederhandschuhen seine linke Hand in Richtung der/des Betrachtenden, darunter der Slogan: »Hauptstadt der Angst? Nicht mit uns!«. Während auf der Internetseite des Berliner Landesverbandes immer wieder Beiträge zum Thema Islam erscheinen und andere Pro-Ableger damit zum Teil kommunal erfolgreich waren, tauchten die Worte Muslime und Islam auf der bisher verteilten Wahlwerbung nicht auf. Nach eigenen Angaben soll das Thema Islam in den Wochen vor den Wahlen stärker in die Öffentlichkeit getragen werden.

Mediale Inszenierung

Das Wahlprogramm von Pro Deutschland umfasst zehn Punkte. Die Themen Zuwanderung, Islamisierung, Innere Sicherheit, Chancengleichheit und Korruptionsbekämpfung werden am Ausführlichsten behandelt. Zwar ist die Partei bemüht, auf allzu radikale Rhetorik zu verzichten. Doch pauschalisierende und diskriminierende Aussagen, etwa dass die Familienzusammenführungen, zu »Masseneinwanderung und drohender Überfremdung vor allem der deutschen Großstädte« geführt hätten, finden sich an verschiedenen Punkten. Da »Zuwanderer-Ghettos oft zu kriminellen Brennpunktgebieten« geworden seien, wird eine Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre und die »Abschiebung aller ausländischer Straftäter [sic!] bei einer rechtskräftigen Verurteilung zu über einem Jahr Freiheitsstrafe mit oder ohne Bewährung« gefordert. Medial wahrgenommen wird die Partei bisher jedoch kaum über ihre inhaltliche Arbeit. Vielmehr versucht sie sich durch medienwirksame Auftritte in kommunalen Räumlichkeiten oder durch den für Ende August dieses Jahres geplanten »Anti-Islamisierungskongress«[1] zu inszenieren.

1 Für den »Anti-Islamisierungskongress« kündigt Pro Deutschland die unterstützende Beteiligung von erfolgreichen internationalen Rechtsaußen-Akteur_innen wie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), dem Vlaams Belang (Belgien) und der Tea-Party-Bewegung (USA) an.



Manfred Rouhs

(*1965, Verleger)

Wahlantritt: Landesliste und BVV-Kandidat Marzahn-Hellersdorf

Kurzprofil: Manfred Rouhs ist seit über 30 Jahren politisch aktiv und verfügt über eine abwechslungsreiche Vita innerhalb rechter und extrem rechter Parteien und Organisationen. Aktiv war er bisher bei der Jungen Union (JU), den Jungen Nationaldemokraten (JN), der NPD, den Republikanern (REP), der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und zuletzt in den Pro-Parteien. Im April 2011 legte er sein Stadtratsmandat in Köln nieder, wo er seit 2004 der Fraktion von Pro Köln angehörte. Zeitgleich verlegte er seinen Hauptwohnsitz nach Berlin, um als einer der Spitzenkandidaten bei den Berliner Wahlen für Pro Deutschland anzutreten.

In eigenen Worten: »In größer werdenden Stadtteilen hat sich eine teils arabisch, teils türkisch-islamische Parallelgesellschaft herausgebildet. Zentren dieser Parallelgesellschaft sind Moscheen, deren Imame unterschiedliche Varianten, unterschiedliche Interpretationsformen des Islam predigen, denen aber allen im Kern eines gemeinsam ist: Sie räumen den religiösen Geboten, dem Inhalt dessen, was nach den Vorgaben des Propheten Mohammed im Koran aufgeschrieben worden ist, eine höhere Priorität ein als irgendeinem anderen religiösen oder weltlichen Gesetz. Jetzt mit einem Mal drohen Handlungsanweisungen aus dieser islamischen Parallelwelt, das Leben von Menschen in Mitteleuropa zu gefährden. Jetzt auf einmal gesteht auch der etablierte Politikbetrieb ein, dass diese Parallelwelt unsere Mehrheitsgesellschaft in Frage stellt.«

(28. November 2010 – Pro Deutschland-Kundgebung am Potsdamer Platz)



Lars Seidensticker

(*1973, Brauer und Mälzer)

Wahlantritt: Landesliste und BVV-Kandidat Marzahn-Hellersdorf

Kurzprofil: Lars Seidensticker ist Bundesgeschäftsführer der Bürgerbewegung Pro Deutschland und Landesvorsitzender seiner Partei in Berlin. Vor seinem Umzug in die Hauptstadt, war der ehemalige Republikaner im Gemeinderat der niedersächsischen Ortschaft Hambühren für die von ihm gegründete Vereinigung Pro Hambühren - Liste Seidensticker vertreten.

In eigenen Worten: »Parallelgesellschaften werden zu einer immer größer werdenden Bedrohung für uns. Das gilt auch für die zunehmende Deutschfeindlichkeit und Ausländerkriminalität. Und wir sagen von hier aus auch ganz klar: Wir brauchen keine weitere Zuwanderung nicht integrierbarer Ausländer aus aller Herren Länder. Und wir wiederholen unseren Ruf nach Ende der Masseneinwanderung von hieraus so laut, dass auch im letzten Winkel dieser Erde klar sein muss: Wir wollen sie nicht, wie wollen sie nicht, wir wollen sie nicht!«

(28. November 2010 – Pro Deutschland-Kundgebung am Potsdamer Platz)



Dieter Steffen

(*1948, Elektroinstall.meister)

Wahlantritt: Landesliste und BVV-Kandidat Pankow

Kurzprofil: Dieter Steffen engagierte sich bis vor wenigen Monaten im konservativ-christlichen Spektrum. Trat er im Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt noch für die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) zur Bundestagswahl an, engagierte er sich zuletzt im Bundes- und Landesvorstand der Partei Arbeit – Umwelt – Familie (AUF).

In eigenen Worten: »Wie soll denn der Halbmond, das Symbol des Islam, im Weihnachtsbaum zuhause sein?! Was für ein Klimmzug, den die verantwortlichen Politiker hier versuchen, dass sie Integration irgendwie mit der Brechstange herbeiführen wollen.«

(28. November 2010 – Pro Deutschland-Kundgebung am Potsdamer Platz)



Reinhard Haese

(*1948, Techniker)

Wahlantritt: Landesliste und BVV-Kandidat Charlottenburg-Wilmersdorf

Kurzprofil: Seit über einem Jahrzehnt ist Reinhard Haese für die Berliner Republikaner (REP) aktiv, im Moment als aktueller Landesvorsitzender. Haese war in den vergangenen Monaten nicht nur für den Aufbau der Veranstaltungstechnik bei Aktionen von Pro Deutschland verantwortlich, er ist auch das Bindeglied zwischen den kaum noch wahrnehmbaren Resten der Berliner REP und Pro Deutschland.

In eigenen Worten: »Und wenn ich jetzt wiederum frage: Wer wandert denn zu? Dann sind es nicht unsere ehemals ostdeutschen Brüder und Schwestern. Zugewandert sind Leute aus der Türkei, aus Palästina, aus Arabien und wo auch immer, und die haben nicht die Absicht, zumal die letztgenannten Gruppen, unserem Sozialgesetz irgendwas beizusteuern, unserer Sozialordnung auch nur den einen oder anderen Pfennig vom dem zurückzugeben, was sie hier Monat für Monat kassieren.«

(03. Oktober 2010 – Pro Deutschland-Kundgebung vor der Gedächtniskirche)



Die Freiheit

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

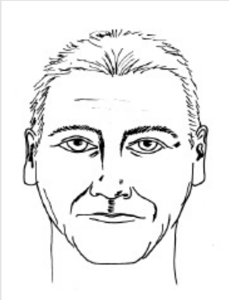
Am 28. Oktober 2010 gründeten rund 50 Personen in Berlin die antimuslimische Partei Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie. Im Mai 2011 verfügte sie nach eigenen Angaben über rund 300 Mitglieder in der Hauptstadt. In der gesamten Phase der Sammlung von Unterstützungsunterschriften war die Formation nicht so präsent in der Hauptstadt wie ihre antimuslimische Konkurrenz von Pro Deutschland. Nur vereinzelte Informationsstände oder Personen, die Material verteilten und Unterschriften sammelten, waren wahrnehmbar. Die Freiheit tritt mit einer eigenen Landesliste und in 11 von 12 Bezirken für die BVV-Wahlen an. Direktkandidat_innen stellt sie jedoch in lediglich 30 der 78 Wahlkreise.

Scharfe Töne

Die Partei ist stets bemüht, sich von »Extremisten von rechts wie von links«, »Ausländerfeinden« und den Pro-Parteien zu distanzieren. Dabei schlugen die Verantwortlichen bereits bei der Bekanntgabe der Parteineugründung in dieselbe Kerbe: Kriminelle Migrant_innen wolle man ausweisen, »wachsende Parallelgesellschaften« zurückdrängen und Straftäter_innen allgemein härter bestrafen. Im Gegensatz zur Partei Pro Deutschland, die auf ein enges Themenfeld setzt und ihren potentiellen Wähler_innen ein knapp gehaltenes Grundsatzprogramm präsentiert, versucht Die Freiheit sich zu allen gesellschaftlich relevanten Themen zu positionieren. Für die Wahlen wurde ein sogenanntes »Berliner Programm« veröffentlicht, in dem die Partei sich politisch zu positionieren versucht. Kernthemen, gemessen am Umfang der Aussagen, scheinen die Punkte Integration, Innere Sicherheit, Wirtschaft/Arbeit/Soziales, sowie Schule und Bildung. Nicht nur die Kürzung von Sozialleistungen bei »Integrationsverweigerung« – ohne selbige zu definieren – sondern auch ein Speiseangebot in »Schulen und öffentlichen Einrichtungen ohne religiöse und ideologische Einflüsse« fordert die Partei. Die einseitige Fokussierung auf den Islam und Migrant_innen wird auch an anderen Stellen im »Berliner Programm« deutlich. So wolle sie zur Stärkung der Inneren Sicherheit, »Predigten in Berliner Moscheen systematisch auswerten lassen«. Dadurch würde die durch das Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit eingeschränkt.

Kaum Aufmerksamkeit ohne Hilfe von Außen

Durch ein »politisches Volksfest« Ende Juni 2011 – an dem sich knapp mehr als 100 Personen, von denen viele aus anderen Bundesländern angereist waren, beteiligten – sowie durch Mini-Kundgebungen (»Euro/EU-kritische Montagsdemos«) versucht Die Freiheit Aufmerksamkeit zu erlangen. Dies schafft sie jedoch fast ausschließlich im eigenen Milieu. Die größte mediale Inszenierung gelang der Partei 2010 durch den Besuch von Geert Wilders. An diesen Erfolg versucht Die Freiheit mit einer erneuten Einladung des umstrittenen niederländischen Politikers Anfang September 2011 anzuknüpfen.



René Stadtkewitz

(*1965, Unternehmer)
Wahlantritt: Landesliste
Kurzprofil: René Stadtkewitz ist seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Im Jahr 2009 trat er aus der CDU aus, gehörte der Fraktion aber noch als Parteiloser an. Dies änderte sich im September 2010, als er aus der Fraktion ausgeschlossen wurde, da er sich weigerte, eine Einladung an den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders in die Hauptstadt zurückzuziehen. Bekanntheit erlangte er in den Jahren 2006 und 2007 durch ein Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit und sein Engagement gegen einen Moscheebau in Pankow-Heinersdorf. Des Weiteren engagiert sich Stadtkewitz in der islamfeindlichen Bürgerbewegung Pax Europa, u.a. in deren Bundesvorstand.
In eigenen Worten: »Wir reden nicht mehr von Multikulti, wenn wir hier in Berlin in verschiedene Gebiete von Kreuzberg, Neukölln, Moabit, Schöneberg und viele andere Ghettos unserer Stadt schauen. Hier herrscht längst eine mono-kulturelle, intolerante Kultur. Hier dominiert der Islam. Hier herrscht heute bereits in weiten Teilen in diesen Gebieten die Scharia.«
(25. Juni 2011 – »Politisches Volksfest« von Die Freiheit in Tempelhof)



Marc Doll

(*1977, Lehrer)
Wahlantritt: Landesliste
Kurzprofil: Marc Doll war bis Anfang September 2010 im Vorstand eines Berliner CDU-Ortsverbands aktiv und firmierte dort als »Leiter für Innere Sicherheit«. Seinen Austritt aus der CDU begründete er mit dem »Sprach- und Denkverbot bezüglich des Islams«, das ihm seitens der CDU-Spitze »verordnet« worden sei. Der »Law-and-Order«-Politiker Doll gefällt sich in der Rolle des Aufklärers, der härtere Strafen für »marodierende Banden« fordert und die Lösung in »eine[r] Politik der harten Hand« sucht. Seine Thesen verbreitete er als Redner bisher u.a. bei der extrem rechten und pflichtschlagenden Berliner Burschenschaft der Märker und auf Kundgebungen der Bürgerbewegung Pax Europa.
In eigenen Worten: »Jahrzehntelang haben uns linke Alt-68er und Gutmenschen eingeimpft, dass es verwerflich ist deutsch zu sein, dass es verwerflich ist, Stolz auf dieses Land zu empfinden. Sie haben einen Schuldkult kultiviert, der nicht etwa darauf ausgelegt war, die Verbrechen der Nationalsozialisten in Erinnerung zu behalten, sondern darauf ausgelegt war, euch ruhig und euch schwach zu halten.«
(03. Oktober 2010 – Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa)



Dr. Karl Schmitt

(*1954, Unternehmer)
Wahlantritt: Landesliste
Kurzprofil: Dr. Karl Schmitt engagierte sich in den 1990er Jahren in der Berliner CDU und war für diese zwei Jahre (1999-2001) Mitglied der Fraktion in der BVV-Pankow. Später schloss er sich den Freien Wählern an und war für ein Jahr Mitglied in deren Landesvorstand (2009/2010). Schmitt ist Mitglied im Landesvorstand der islamfeindlichen Bürgerbewegung Pax Europa und trat für diese auch als Redner in Erscheinung.
In eigenen Worten: »Die Multikulti-Idee geht von einer Gleichheit aus, die es nicht gibt. Es wird Toleranz geübt für einen Islam, dessen Prinzip die Intoleranz ist. Der Traum einer friedlichen Vermischung der Kulturen hat sich nicht erfüllt. Wirkliche Probleme mit Einwanderern bestehen aber fast ausschließlich mit den Moslems. Die meisten Moslems haben sich in ihren Stadtteilen abgegrenzt und dort eine Parallelgesellschaft gebildet.«
(Oktober 2010 – Interview mit Russia TV[1])

[1] http:/www.bpe-berlin.de/index.php?option=com_content&view=article&id=180:interview-von-karl-schmitt-mit-russia-tv-vom-20102011&catid=49:eigene-publikationen&Itemid=75 (aufgerufen am 13.07.2011)



Dr. Markus Hoppe

(*1971, Physiker)
Wahlantritt: Landesliste
Kurzprofil: Dr. Markus Hoppe erlangte bundesweite Bekanntheit durch seinen Auftritt am Rande der Buchvorstellung von Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« im August 2010. Mit einem Schild (»Danke Thilo! www.pi-news.net«) in der Hand drückte er seine Solidarität mit Thilo Sarrazin aus und avancierte mit der Aktion zu einer Art Kultfigur der deutschen islamfeindlichen Szene.
In eigenen Worten: »Ich finde »Mein Kampf« und der Koran sind sich sehr, sehr ähnlich. Das ist ja das Problem, das wir haben. [...] Meiner Meinung nach ist der Islam in sich gewaltfördernd. [...].«
(30. August 2010 – Dr. Markus Hoppe am Rande der Buchvorstellung von Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« in Berlin)

»Eine konstruktive Mitarbeit der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen kommt nicht vor.«[1]

Fünf Jahre NPD in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen

Vom Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation & Analyse« des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Im September möchte die NPD ihren Wahlerfolg von 2006, als sie in vier bezirkliche Gremien einzog, ausbauen. Dabei hat die Partei in den letzten Jahren wenig erreicht: Weder ist sie in Berlin lokal verankert, noch gelang es ihr, den »Berliner Konsens« der demokratischen Parteien zu überwinden.[2]

Selbstinszenierung als »normale Partei« ist gescheitert

Der Versuch der NPD, kommunale Gremien als Bühne zu instrumentalisieren, ist nicht neu. Kontinuierlich verfolgten die rechtsextremen Bezirksverordneten das Ziel, einerseits mit rechtsextremen Inhalten und provokativen Initiativen die eigene Klientel zu bedienen und sich andererseits mittels »sachpolitischer« Anträge als vermeintlich kommunalpolitisch versierte sowie legitime Fürsprecher der »kleinen Leute« zu präsentieren. Kontrovers diskutierte Themen und lokale Konflikte wurden aufgegriffen und skandalisiert. Zuletzt versuchte die NPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick (BVV) mit plumpem Populismus in die Debatte um die BBI-Flugrouten des neuen Großflughafens einzugreifen, indem sie Bezirk und Senat Intransparenz vorwarf.
Doch die mangelnde kommunale Verankerung der Bezirksverordneten erschwerte in den vergangenen Jahren jede Normalisierungsbemühung und lies ihr kommunalpolitisches Engagement oberflächlich und aufgesetzt erscheinen.
Mediale Aufmerksamkeit erregte die Partei nur durch gezielt in allen Bezirksverordnetenversammlungen gestellte provokative Anträge und Redebeiträge. So lobte Udo Voigt im März 2010 in einer Sitzung der BVV Treptow-Köpenick die Waffen-SS, »die bis zum letzten Tag ihrer Pflicht nachgekommen« sei.[3]
Infolge fehlender kommunalpolitischer Kompetenz waren Aktivitäten und Präsenz der NPD-Verordneten konjunkturellen Schwankungen unterworfen. BVV-Sitzungen mit mehreren Anträgen und Anfragen folgten solche, in denen die NPD-Verordneten durch Inaktivität glänzten. Eine aktive Beteiligung in den Ausschüssen fand hingegen nicht statt, da sie sich nicht öffentlichkeitswirksam präsentieren lässt. Einzig die NPD-Fraktionen in Lichtenberg und Treptow-Köpenick konnten regelmäßige Aktivitäten vorweisen.[4]

Im Konsens – Demokrat/innen in der Auseinandersetzung

Das Scheitern der NPD im Bemühen um Normalisierung ist nicht zuletzt den klaren Positionierungen der demokratischen Verordneten zu verdanken. »Die Etablierten bügeln alles nieder«[5], beschwert sich Voigt. Mit den Stimmen der Rechtsextremen wird keine Politik gemacht. Rechtsextreme Anträge wurden in aller Regel von den demokratischen Parteien geschlossen abgelehnt. Dabei befassten sich die Verordneten immer wieder in ihren inhaltlichen Entgegnungen mit dem rassistischen und menschenverachtenden Gehalt der rechtsextremen Initiativen. Bei rechtsextremen Aufmärschen und Veranstaltungen wurde darüber hinaus stets der Schulterschluss mit der demokratischen Zivilgesellschaft und antifaschistischen Gruppen gesucht. Eine Herausforderung stellt die über die Jahre einsetzende Gewöhnung an die rechtsextreme Präsenz dar. Die Folge ist ein Nachlassen in der öffentlichen, inhaltlichen Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Aktivitäten. Zunehmend wurde auf kommunalpolitische, vordergründig nicht-ideologische NPD-Anträge nicht mehr reagiert, sondern sie einfach nur abgelehnt. Eine inhaltliche Begründung der Ablehnung sollte jedoch Kernbestandteil der Auseinandersetzung sein, um somit auch die Selbstinszenierung der NPD als »Opfer der Blockparteien« entkräften zu können. Dass das Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus aber allen demokratischen Parteien ein wichtiges Anliegen ist, zeigt der im Juni 2011 erneut verabschiedete »Berliner Konsens«[6], der rechtsextreme und rassistische Gewalt, rechtspopulistische Stimmungsmache und Wahlkampf auf Kosten von Minderheiten konsequent ablehnt. Dabei bietet die parteiübergreifende Vereinbarung auch eine Chance, die Thematik in den eigenen Reihen auf die Tagesordnung zu setzen und rassistische Einstellungen in der »Mitte der Gesellschaft« zu problematisieren. Wenn also Vertreter/innen von NPD, Pro Deutschland und Die Freiheit in Bezirksverordnetenversammlungen gewählt werden sollten, wird deren Einfluss maßgeblich davon abhängen, ob es den demokratischen Parteien eine weitere Legislaturperiode gelingt, den »Berliner Konsens« aufrechtzuerhalten.

1 Udo Voigt im Rahmen einer NPD-Veranstaltung am 17.03.2008 im Rathaus Lichtenberg, die tageszeitung vom 19.03.2008, http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ba&dig=2008%2F03%2F19%2Fa0145&cHash=42cc111d6b [11.07.2011]

2 Einen Einblick in die Aktivitäten der rechtsextremen Verordneten einerseits und die Auseinandersetzung der demokratischen Parteien andererseits bieten die Handreichungen des Projektes »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation & Analyse«, http://bvv.vdk-berlin.de/material/publikationen

3 So zu lesen unter http://npd-fraktion-treptow-koepenick.de/linke-in-der-bvv-kundigt-strafanzeige-gegen-den-parteivorsitzenden-udo-voigt-an/35 [11.07.2011]

4 Die bis dahin sehr umtriebige NPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg zerbrach im Dezember 2010, nachdem Torsten Meyer infolge der Querelen um die Fusion von NPD und »Deutscher Volksunion« (DVU) die Fraktion verließ.

5 Berliner Zeitung vom 6.05.2010, http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0506/berlin/0025/index.html [11.07.2011]

6 Siehe Homepage der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), http://www.mbr-berlin.de/Aktuelles/942.html [11.07.2011]

Unabhängigkeit...

... ist nicht umsonst: Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

▸ Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

▸ Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

▸ Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _________Euro (mind. 5 Euro).

▸ Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

☐ einen Dauerauftrag eingerichtet.

☐ einmalig ______ Euro überweisen.

Kontonummer: ____________________

Bank und BLZ: ____________________

____

Name/Organisation: ________________

____

Adresse: _________________________

____

E-Mail: __________________________

Unterschrift: ______________________

☐ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender_innen erhalten diese 1x jährlich)

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser Referent_innen-Katalog (erhältlich unter www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die Referent_innen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir Referent_innen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen bzw. halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir neben der Bildungsarbeit in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief *monitor*, sowie in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de. Fördermitglieder bekommen diese kostenlos zugeschickt.

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins

Das Projekt: »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins« dokumentiert die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien und analysiert ihre Vorgehensweisen. Es beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten im Umgang mit den rechtsextremen Strategien und beobachtet die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den BVVen auf das Gemeinwesen.
Das Projekt unterstützt kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und entwickelt auf der Basis des Erfahrungswissens der demokratischen Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien. Ziel des Projekts ist die kontinuierliche Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus, um demokratische Handlungsräume zu verteidigen.

Kontakt: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030 275 95 027
Fax: 030 240 45 319
E-Mail: doku-und-analyse@vdk-berlin.de
Internet: www.bvv.vdk-berlin.de

Träger des Projekts ist der Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Weitere Informationen

apabiz & MBR Berlin: *Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen.* Berlin 2010.
http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_final_Ansicht.pdf

apabiz & MBR Berlin: *»Berliner Zustände« 2010 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus.* Berlin 2011.
http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/110525_Schattenbericht2010_web.pdf

Berlin rechtsaußen-Blog:
http://www.blog.schattenbericht.de

Maik Baumgärtner & Frank Metzger: *Rechtsaußen bleibt draußen. Eine Einschätzung zu den anstehenden Wahlen in Berlin;* in: *monitor 51*, Juli 2011
http://www.apabiz.de/publikationen/monitor/index.htm

VDK-Berlin - Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse«: *Berliner Ausblicke. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als kommunalpolitische Herausforderungen.* Berlin 2010.
http://bvv.vdk-berlin.de/assets/41/bvv_brosch_2010_rz_web.pdf